



Fotolia.com/Zeijko Radolko

Einschätzungen zum bayerischen
Energieprogramm

Die bayerischen IHKs



IHK Industrie- und Handelskammern
in Bayern

BIHK-Einschätzungen zum Bayerischen Energieprogramm für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung

München, November 2015

Das neue bayerische Energieprogramm für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung beschreibt Bayerns energiepolitische Ziele für die nächsten 10 Jahre. Es wurde am 22. Oktober 2015, im Rahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie von Frau Staatsministerin Aigner vorgestellt.

Fazit: Die bayerischen IHKs begrüßen, dass die Staatsregierung das lange erwartete Energieprogramm vorgelegt hat. Der Energiedialog war ein guter Ansatz für ein gelungenes Energieprogramm. Seine Ergebnisse finden sich im neuen bayerischen Energieprogramm aber nur teilweise wieder. Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag sieht im vorgelegten Programm das zentrale Zieldreieck der Energieversorgung "Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit" nicht ausreichend berücksichtigt. In Anbetracht der festgelegten Ziele, würde Bayern seine Rolle als Vorreiter der Energiewende aufgeben.

Kernfragen, die im neuen Energieprogramm nicht beantwortet werden:

- Wie teuer wird der Netzausbau durch den Vorrang der Erdverkabelung?
- Bis 2022 gehen die Kernkraftwerke vom Netz. Experten erwarten aber, dass der Netzausbau frühestens 2025 abgeschlossen ist. Aus welchen Kraftwerken und über welche Leitungen wird Bayern seinen Strom in der Zwischenzeit beziehen?
- Nach IHK-Zahlen haben bereits 10 Prozent der bayerischen Industrieunternehmen als Reaktion auf die Energiepolitik Kapazitäten verlagert. Wie soll hier gesteuert werden?
- Polen und Tschechien wollen mit EU-Hilfe verhindern, dass weiter überschüssiger Windstrom in großen Mengen über ihre Netze Richtung Süden fließt. Die europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) hat bereits gefordert, die deutsch-österreichische Preiszone zu teilen. Wie gehen wir damit um und welche Konsequenzen (z.B. für die Preisentwicklung) ergeben sich?
- Wie soll die Integration der bayerischen Energiewende in das europäische Gesamtsystem aussehen?

Versorgungssicherheit

Die Versorgungssicherheit in Bayern nach dem Kernkraftausstieg steht trotz der vielen Energiekonzepte und -kompromisse auf Bundes- und Landesebene noch immer auf der Kippe.

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) begrüßt das klare Bekenntnis im Energieprogramm zum Ausbau zweier neuer Gleichstromverbindungen in Bayern und das Ziel, die Thüringer Strombrücke noch Ende dieses Jahres mit einem ersten System ans Netz zu bringen. Ob die Leitungen der beiden geplanten neuen Gleichstromtrassen allerdings bis zur Abschaltung des letzten Kernkraftwerkes in Bayern im Jahre 2022 fertiggestellt werden, wird im Programm nicht abschließend beantwortet. Die Übertragungsnetzbetreiber gehen von einer Fertigstellung frühestens im Jahr 2025 aus. Die bayerische Staatsregierung fordert in ihrem neuen Programm zwar eine schnellere Realisierung der für Bayern relevanten Vorhaben SuedLink und Süd-Ost-Link. Wie die Verzögerungen verringert werden sollen, die durch den von Bayern geforderten gesetzlichen Vorrang von Erdkabeln entstehen, bleibt allerdings offen. Zudem fällt auf, dass sich der Widerstand der Bürger zum jetzigen Zeitpunkt durch die vereinbarte Gesetzesänderung nur in andere Regionen verlagert. Aus Sicht des BIHK unterschätzt die Politik die Notwendigkeit des lückenlosen Netzausbaus noch immer. In den letzten Jahren stiegen die netzseitigen Eingriffe in den Kraftwerksbetrieb stark an. Das Risiko für Störungen erhöht sich durch die zunehmenden Eingriffe weiter. Intelligente, dezentrale und regionale Versorgungskonzepte werden zudem durch den Netzausbau nicht beschnitten, sondern hierdurch sinnvoll unterstützt.

Ein Ergebnis des Energiedialogs Bayern war die Notwendigkeit einer Reserve von zwei Gigawatt gesicherter Leistung ab 2022, die durch in Bayern errichtete Gaskraftwerke erreicht werden sollte. Im neuen Energieprogramm geht man nur noch von einer durch Gaskraftwerke gesicherten Leistung von zwei Gigawatt in Bayern und Baden-Württemberg aus. Standorte in beiden Bundesländern können sich laut Staatsregierung bereits für diese Reserve bewerben. Im Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes, das am 4. November 2015 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, sind die zwei GW Reservekapazität in Süddeutschland zudem nicht verbindlich verankert. Damit ist keineswegs sicher, dass diese Reserve, die nach Abschalten des letzten Kernkraftwerkes im Jahr 2022 dringend benötigt wird, in Bayern vorhanden sein wird. Eines macht das Energieprogramm, aus Sicht der bayerischen IHKs, hingegen deutlich: Bayern wird im Jahr 2025 etwa 40 bis 50 Prozent seines Strombedarfs nicht mehr selber decken können.

Wirtschaftlichkeit

Die Mehrkosten, die durch eine gesetzliche Änderung für den Vorrang von Erdkabeln vor Freileitungen für Stromverbraucher, also für Privathaushalte genauso wie für Unternehmen, entstehen, werden im neuen Energieprogramm nicht dargestellt. Dies ist aus Sicht des BIHK eine der Kernfragen, die das Programm unbeantwortet lässt und damit die Unsicherheit bei den bayerischen Betrieben weiter erhöht. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geht von Mehrkosten in Höhe von drei bis acht Milliarden Euro aus, der Netzbetreiber Amprion rechnet mit zehn bis zwölf Milliarden Euro.

Die schnelle Umsetzung des Netzausbaus drängt auch aufgrund der massiv steigenden Kosten für Eingriffe zur Netzstabilisierung der Übertragungsnetzbetreiber in den letzten Jahren. Laut einer Studie der Stadtwerke München – SWM würden die Kosten für Eingriffe zur Netzstabilisierung (sogenannte Redispatch-Kosten) ohne Netzausbau von heute etwa 300 Mio. Euro auf 1,1 Mrd. Euro/a im Jahr 2024 steigen, was auf die Verbraucher – also Unternehmen und Haushalte – umgelegt wird. Die Gesamtkosten für

Redispatch-Maßnahmen für den Zeitraum von 2024 bis 2035 würden sich ohne Netzausbau laut der Studie der SWM auf 21 Milliarden Euro belaufen. Die Konsequenz sind massiv steigende Energiepreise.

Die bayerische Staatsregierung kommt den Forderungen der bayerischen Wirtschaft nach und setzt sich für eine Strompreisbremse ein. Eine effizientere Integration der erneuerbaren Energien in der Energieversorgung beurteilt der BIHK positiv. Im Energieprogramm wird anerkannt, dass eine weitere Erhöhung der Energiewendekosten für die Unternehmen nicht mehr tragbar ist, weshalb kurzfristig eine Strompreisbremse nötig ist. Wie genau die Strompreisbremse umzusetzen ist und bis wann dies erfolgen soll, lässt das neue Energieprogramm jedoch offen. Eine Strompreisbremse muss aus BIHK-Sicht kosteneffizient realisiert werden und darf nicht zu einer weiteren Vergrößerung des Strompreisunterschieds zu konkurrierenden Standorten führen. Bei der Finanzierung des EEG-Kontos darf es daher keine Denkverbote geben: Emissionshandel, Nutzung der Energie- und Stromsteuer, allgemeiner Haushalt etc. sind als Möglichkeiten zu prüfen.

Die Forderung der Staatsregierung, die veranlassten Umlagen auf dem aktuellen Niveau zu halten, erachten die bayerischen IHKs als nicht ausreichend. Umlagen sollen nicht, wie im Energieprogramm definiert, nur konstant gehalten, sondern begrenzt und abgebaut werden. Alleine die EEG-Umlage entspricht etwa dem Doppelten des Börsenstrompreises. Schon jetzt werden jedes Jahr rund 22 Milliarden Euro über die Stromrechnung von Unternehmen und Haushalten bezahlt, damit Deutschland die Energiewende erreichen kann. Im Jahr 2016 wird die EEG-Umlage abermals angehoben. Von derzeit 6,17 Cent auf 6,35 Cent pro Kilowattstunde. Dies ergab die jüngste Prognose der Übertragungsnetzbetreiber. Grund ist die hohe Stromproduktion aus Wind und Photovoltaik sowie der weiter gesunkene Börsenstrompreis. Nachweislich werden außerdem nahezu alle Umlagen ab 2016 erhöht, so dass Steuern und Abgaben alleine um rd. 5 Prozent steigen. Dies wird den deutschen Strompreis noch einmal erhöhen. Bereits heute hat Deutschland die vierthöchsten Industriestrompreise in der EU nach Zypern, Malta und Italien.

Eine Senkung der Umlage sollte über ein effizienteres Fördersystem, nicht aber durch weniger ehrgeizige Ziele erreicht werden. Daher begrüßt der BIHK die Entwicklung, dass das Förderinstrument für erneuerbare Energien stärker in den Fokus der Politik rückt. Die Staatsregierung erkennt im Energieprogramm an, dass für das Erreichen der energiepolitischen Ziele nur eine Förderung in Frage kommt, die den Marktgedanken wiederbelebt. Die bayerische Wirtschaft stimmt mit der Forderung nach einer effektiven Mengensteuerung erneuerbarer Energien überein. Ausschreibungen für EEG-Anlagen sind ein richtiger Weg, um Überförderung künftig zu vermeiden. Hierdurch wird der Wechsel von einer Preis- auf eine Mengensteuerung bei den erneuerbaren Energien eingeleitet. Es ist sinnvoll, wenn die bayerische Staatsregierung die regionalen Rahmenbedingungen hierfür so gestaltet, dass Bayern auch weiterhin am EEG partizipieren kann. Eine regionale Quote von 30 Prozent für Süddeutschland über alle erneuerbaren Energien hinweg, in Ergänzung zum Ausschreibungsmodell, wie im Energieprogramm gefordert, ist jedoch nicht zielführend. Dies wäre ein erneuter Kostentreiber der Strompreise und kontraproduktiv zu einer Strompreisbremse. Das langfristige Ziel eines Förderinstrumentes sollte es sein, einen vorgegebenen Anteil erneuerbarer Energien zu geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten zu produzieren.

Die Forderung nach der Einsetzung eines Expertengremiums, um die Ausgestaltung eines nationalen Energiewendefonds zu prüfen, begrüßt der Bayerische Industrie- und Handelskammertag. Die bayerische Wirtschaft erklärt sich bereit, in Zusammenarbeit mit der Politik, einen Fonds zu entwickeln, mit dem die Finanzierung künftiger Zusatzbelastungen, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Rückbau von Kernkraftwerken entstehen, im Sinne kommender Generationen dauerhaft aufrecht erhalten werden kann.

Planungssicherheit ist für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Durch die benannten Steigerungen der Energiepreise, kurzfristige Änderungen von Rahmenbedingungen, sowie die weiterhin steigenden Umlagen, für die das neue Energieprogramm keine konkreten Lösungen bereit hält, bleiben Investitionsentscheidungen aus. Eine weitere Folge sind Produktionsverlagerungen: Bereits heute verlagern nach Angaben des neuesten IHK-Energiewendebarmeters über 10 Prozent der bayerischen Betriebe aufgrund der energiepolitischen Situation Kapazitäten ins Ausland.

Umweltverträglichkeit

Die Energieeffizienz nimmt einen wichtigen Teil im neuen Energieprogramm ein. Im Zentrum der bayerischen Aktivitäten zur Reduzierung des Energieverbrauchs steht die Energieeffizienz-Offensive. Die im Energieprogramm skizzierten Maßnahmen zur Energieeffizienz unterstützt der BIHK. Mit der Bayerischen Energieeffizienz-Netzwerk-Initiative BEEN-i, gemeinsam mit dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, weiteren Kammern und Wirtschaftsverbänden wurde bereits ein wichtiger Schritt in Richtung Umsetzung getan. Auf der Habenseite stehen daneben das 10.000-Häuser-Programm für Privathaushalte und Hilfen für kommunale Kraft-Wärme-Kopplung. Als Einsparungsimpuls wird im Energieprogramm erneut betont, man wolle sich für die Förderung der energetischen Gebäudesanierung einsetzen ohne den Handwerkerbonus anzutasten. Die Wirtschaft benötigt dringend neue Maßnahmenpakete, damit das Ziel erreicht werden kann, den Primärenergieverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 2008 um 20 Prozent zu senken. Ein bereits zweimal im Bundesrat gescheitertes Gesetzesvorhaben kann nicht die einzige Lösung sein. Eine Möglichkeit wäre z.B. den verantwortungsvollen Umgang mit Energie sowie Lehrinhalte zu neuen Energietechnologien noch stärker in Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Bereits existierende und bewährte Trainingsprogramme, wie der Energiemanager (IHK) und der Druckluft-Spezialist (IHK) etc. sollten gestärkt und unterstützt werden, um eine deutlich intensivere Verankerung von spezifischem Know-how in Bayerns Unternehmen zu gewährleisten. So können dort künftig noch mehr Energieeffizienz-Potenziale gehoben werden.

Das Ziel beim Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von 20 Prozent im Jahr 2025 ist wenig ambitioniert. Dieses Ziel hat sich die EU im Durchschnitt bereits für 2020 gesetzt, was nach aktuellen Prognosen bis dahin auch erreicht werden soll. Für 2030 hat sich die EU ein Ziel von 27 Prozent auf die Fahne geschrieben. Heute liegt Bayern mit fast 19 Prozent klar vorne im EU-Ranking von durchschnittlich 15 Prozent (2013). Die anderen Bundesländer liegen mit einem deutschlandweiten Durchschnitt von rund 12 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch im Jahr 2013 deutlich hinter Bayern. Mit dem neuen Ziel im bayerischen Energiepro-

gramm, mit dem man lediglich eine 1,2 prozentige Steigerung in 10 Jahren erreichen will, würde Bayern vom Vorreiter zum Nachzügler in der EU.

Bayern konzentriert sich, anders als im Energieprogramm angekündigt, weiterhin auf eine Stromwende und vernachlässigt den Wärmemarkt und den Energieverbrauch im Verkehr nach wie vor. Beim Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von 70 Prozent ist, aus Sicht des BIHK, jedoch ebenfalls ein nur scheinbar ambitioniertes Ziel gesetzt worden. Dieses neue Ziel wird im Wesentlichen bereits durch das Abschalten der Kernkraftwerke bis 2022 und das bereits geplante Herunterfahren einiger anderer Kraftwerke erreicht, sofern der für die Versorgung der Verbraucher notwendige Strom nach Bayern importiert wird und nicht in die Berechnung einbezogen wird. Ein weiterer Ausbau von Erneuerbaren ist zur Erreichung dieses Zieles nicht notwendig. Bereits heute liegt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bei 65 Prozent, wenn die nach Plan abzuschaltenden Kraftwerke herausgerechnet werden.

Bei den Kennzahlen zum Anteil der Erneuerbaren und zum energiebedingten CO₂-Ausstoß wird aus Sicht der bayerischen Wirtschaft Augenwischerei betrieben. Durch die Umstellung der Statistik von der Basis Verbrauch in Bayern auf die Basis Erzeugung in Bayern kommen beachtliche Zahlen zustande. Der CO₂-Ausstoß liegt trotz Wirtschaftswachstum bei 6,1 Tonnen pro Kopf. Dies liegt jedoch vor allem an der Abschaltung von Kraftwerken und nicht am Einsparverhalten der Bevölkerung.

Weitere Aspekte:

Europäische Dimension

Die neuen bayerischen Ziele, wie die Senkung des Primärenergieverbrauchs bis 2025 um 10 Prozent und ein Anteil erneuerbarer Energien von 20 Prozent am Endenergieverbrauch bis 2025, sollen der Erreichung der EU-2030-Ziele dienen. Auf eine Perspektive, wie die bayerischen Ziele zur Umsetzung der Energiewende in der EU beitragen sollen, auch vor dem Hintergrund einer europäischen Energieunion, geht das neue bayerische Energieprogramm jedoch nicht ein. Dabei profitieren Stromabnehmer durch einen europäischen Wettbewerbsmarkt von mehr Auswahl, niedrigeren Preisen und höherer Versorgungssicherheit.

Das Problem der Preiszonendiskussion in der EU und die jüngste Empfehlung der Agentur für die Zusammenarbeit der europäischen Regulierungsbehörden (ACER), die deutsch-österreichische Preiszone zu trennen, wird völlig ausgeklammert. Wenn sich Tschechien oder Polen mit einer Trennung der Preiszone bei der EU-Kommission durchsetzen, um selbst weniger Engpassmanagement in ihren Netzen durchführen zu müssen, hätte das für die bayerische Wirtschaft dramatische Folgen. Zudem würde es das Netzengpassmanagement allenfalls temporär verringern. Ein weiterer Strompreisanstieg in Deutschland ist dann nicht mehr aufzuhalten. Die langfristig effektivste und effizienteste Lösung ist und bleibt der Ausbau der Übertragungsnetze in Europa. Dieser muss schnellstmöglich vorangetrieben werden, wobei auch die stärkere länderübergreifende Koordination zwischen den Übertragungsnetzbetreibern gefordert ist.

Forschung und Entwicklung

Die bayerische Wirtschaft begrüßt, dass sich Bayern im neuen Energieprogramm klar zur großen Bedeutung der Energieforschung für die zukünftige Entwicklung bekennt. Bayern ist mit dem im Programm vorgesehenen Budget von 100 Millionen Euro pro Jahr im Ländervergleich hervorragend aufgestellt und leistet weit mehr als die anderen Bundesländer. Auf der anderen Seite gelingt es Bayern nur in geringem Umfang Bundesmittel für die Energieforschung zu akquirieren. Um hier voranzukommen wäre eine stärkere Bündelung der bayerischen Aktivitäten hilfreich. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf Speichertechnologien, verlustarme Netze und Transformatoren, Lastmanagement, Smart-Grid-Lösungen, hocheffiziente Kraftwerke, CO₂-arme Brennstoffe und energieeffiziente Querschnittstechnologien gelegt werden.

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e. V.

Präsident

Handwritten signature of Dr. Eberhard Sasse in black ink.

Dr. Eberhard Sasse

Hauptgeschäftsführer

Handwritten signature of Peter Driessen in black ink.

Peter Driessen

Fachliche Ansprechpartner: Evamaria Lutz, Tel.: 089 5116 2023, evamaria.lutz@muenchen.ihk.de;
Dr. Norbert Ammann, Tel.: 089 5116 1392, norbert.ammann@muenchen.ihk.de